

## 1. Bewerbungsbedingungen

für die Vergabe von Bauleistungen (Anlagen Merkblatt Bauabzugssteuer u. Hinweisliste)

*zum Verbleib beim Bieter bestimmt!*

*Nicht mit dem Angebot zurückgeben!*

1. Die Auftraggeberin verfährt nach den Verfahrensvorschriften Teil A der VOB „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen“ (DIN 1960). Dieser Teil A wird nicht Vertragsbestandteil.
2. Angebot
  - 2.1 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Die Verwendung selbstgefertigter Vervielfältigungen, Abschriften, Kurzfassungen ist - ausgenommen beim Leistungsverzeichnis (vgl. Nr. 2.10) - unzulässig.
  - 2.2 Wird im Leistungsverzeichnis oder in einer Anlage Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat und / oder Typ mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet, ist eine geforderte Erklärung nach dem angebotenen Fabrikat und / oder Typ immer genau dort einzutragen! Verwenden Sie keine Wiederholungszeichen oder Worte wie „dito“, da das Fabrikat der Ausschreibung mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ versehen ist.
  - 2.3 Das Angebot soll nur die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen enthalten. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Angebote, die diese Voraussetzung nicht erfüllen, werden im Regelfall von der Wertung ausgeschlossen. Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.
  - 2.4 Angebote, die die geforderten Preise nicht enthalten, werden ausgeschlossen. Hiervon ausgenommen sind solche Angebote, bei denen lediglich in einer einzelnen unwesentlichen Position die Angabe des Preises fehlt und durch die Außerachtlassung dieser Position der Wettbewerb und die Wertungsreihenfolge, auch bei der Wertung dieser Position mit dem höchsten Wettbewerbspreis, nicht beeinträchtigt werden.
  - 2.5 Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise und wird das Angebot nicht gem. § 16 EU Nrn. 1 und / oder 2 VOB/A ausgeschlossen, verlangt die Auftraggeberin die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach. Diese sind spätestens innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Auftraggeberin vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch die Auftraggeberin. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.
  - 2.6 Der Umfang der geforderten Eignungsnachweise bzw. Erklärungen zur Eignung ergibt sich aus dem Vordruck „Erklärung zum Nachweis der Eignung“.
  - 2.7 Bei der Beifügung von Erklärungen von Dritten (z.B. Belege zur Eignung) sind Fotokopien zugelassen. Die Vergabestelle hält sich vor, das Original vom Bieter nachzufordern.
  - 2.8 Das Angebot eines Skonto bei Einhaltung bestimmter, vom Bieter vorgegebener Zahlungsfristen wird je nach dem anzuwendenden Vergabekriterien bei der Wertung nur

berücksichtigt, wenn der Bieter erklärt, dass das Skontoangebot sich auf alle Abschlags- und Schlusszahlungen erstreckt, die geforderten Zahlungsfristen mindestens 14 Tage betragen, das Skontierungsangebot für jede einzelne Zahlung gilt und der Skontoabzug bei jeder einzelnen Zahlung zugelassen wird. Auch nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

2.9 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) sind ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

2.10 Anstelle des zur Verfügung gestellten Leistungsverzeichnisses können selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen verwendet werden, wenn der Bieter den vom Auftraggeber verfassten Wortlaut der Urschrift als allein verbindlich anerkennt (siehe Nr.2 ZVB). Kurzfassungen müssen mit dem vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Leistungsverzeichnis hinsichtlich der Ordnungszahlen (Positionen) vollständig übereinstimmen; sie müssen die Mengenangaben, einen Kurztext der Leistungsbeschreibung, die Einheitspreise und die Gesamtbeträge zu den einzelnen Ordnungszahlen sowie die dem Leistungsverzeichnis entsprechenden Zwischensummen der Leistungsabschnitte und die Angebotsendsummen enthalten. Die Kurzfassung ist zusammen mit dem von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Leistungsverzeichnis Bestandteil des Angebots.

Der Bieter ist verpflichtet, auf Aufforderung der Auftraggeberin vor Auftragserteilung ein vollständig ausgefülltes Leistungsverzeichnis nachzureichen.

3. Bedarfs- und Wahlpositionen (Alternativpositionen) des Leistungsverzeichnisses  
- soweit ausnahmsweise zulässig -

3.1 Als Bedarfspositionen werden solche Teile der Leistung bezeichnet, die die Auftraggeberin mit in das Leistungsverzeichnis aufnimmt, ohne bei der Erstellung der Vergabeunterlagen schon zu wissen, ob die Leistungen tatsächlich zur Ausführung erforderlich sein werden und zur Ausführung gelangen.

Bedarfspositionen werden bei der Wertung der Angebote grundsätzlich berücksichtigt.

3.2 Wahlpositionen oder auch Alternativpositionen enthalten Leistungen, die alternativ zu einer Hauptposition ausgeführt werden könnten. Diese werden bei der Wertung der Angebote anstelle der Hauptposition berücksichtigt, wenn die Entscheidung der Auftraggeberin zugunsten der Bauausführung in der alternativen Variante getroffen wurde.

4. Nebenangebote oder Änderungsvorschläge – sofern zugelassen -

4.1 Nebenangebote oder Änderungsvorschläge müssen auf besonderer Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet sein; deren Anzahl ist an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stellen aufzuführen.

4.2 Der Bieter hat in Nebenangeboten oder Änderungsvorschlägen enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote oder Änderungsvorschläge müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in anderen Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind auch ohne Abgabe eines Hauptangebotes zugelassen. Die Vertragsbedingungen - sämtliche kaufmännischen und juristischen Regelwerke - sind stets unverändert anzubieten.
- 4.4 Nebenangebote oder Änderungsvorschläge sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.5 Nebenangebote oder Änderungsvorschläge dürfen nicht mit Bedingungen verknüpft sein.
- 4.6 Nebenangebote, die den Nummern 4.1.1. Halbsatz, 4.2, 4.3, 4.4 und 4.5 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.
- 4.7 Materielle Mindestbedingungen sind den Technischen Vorbemerkungen im Leistungsverzeichnis zu entnehmen.
5. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen DIN 1961 VOB/B, die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen ATV VOB/C und die in den Vergabeunterlagen genannten DIN-Vorschriften sind
  - a) bei Öffentlicher Ausschreibung / Offenen Verfahren in der am Tag der Bekanntmachung der Ausschreibung
  - b) bei Beschränkter Ausschreibung / Verhandlungsverfahren oder Freihändiger Vergabe in der am Tag der Aufforderung zur Angebotsabgabe (Briefdatum)

gültigen Fassung maßgebend.

Zusätzlich gelten die anerkannten Regeln der Baukunst/Technik.

Die Auftraggeberin behält sich vor anzuordnen oder zu fordern, dass nachträgliche Änderungen von DIN-Vorschriften in der Ausführung berücksichtigt werden.

6. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter die ausschreibende Stelle umgehend vor Angebotsabgabe über das Kommunikationstool der Vergabepattform darauf hinzuweisen, auch wenn er den Hinweis schon vorher in anderer Form erbracht hat.
7. Unzulässig sind wettbewerbsbeschränkende Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB-), insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligungen oder andere Abgaben

sowie Empfehlungen (§ 22 GWB), es sei denn, dass sie nach Maßgabe des GWB zulässig sind.

8. Der Bieter hat mit seinem Angebot Art und Umfang der durch einen Nachunternehmer und /oder Eignungsverleiher vorgesehenen Leistungen auf den hierfür vorgesehenen beigegeführten Vordrucken und in dem dort geforderten Umfang anzugeben. Der Nachunternehmer ist auf Aufforderung der Auftraggeberin zu benennen und gem. § 6d EU (3) VOB/A ist auf Aufforderung der Auftraggeberin nachzuweisen, dass dem Bieter diese Leistung zur Verfügung steht. Angaben zu einem Eignungsverleiher und dessen Verpflichtungserklärung sind hingegen mit dem Angebot vorzulegen.

Sofern auch benannte Nachunternehmer die Leistung ganz oder teilweise von einem Dritten ausführen lassen, ist auf Aufforderung der Auftraggeberin der entsprechende Leistungsumfang zu benennen und nachzuweisen, dass über die Leistungen des Dritten verfügt werden kann.

Nachunternehmer und / oder Eignungsverleiher sind bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

9. Bietergemeinschaften (§ 13 EU Nr. (5) VOB/A) haben zum Angebot nachstehendes einzureichen:

- a) Ein Verzeichnis der Mitglieder der Gemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters und
- b) eine Erklärung, dass
  - der bevollmächtigte Vertreter der im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt,
  - der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
  - alle Mitglieder für die Vertragserfüllung als Gesamtschuldner haften.

Für die unter Buchstaben a) und b) genannten Erklärungen ist der beigegeführte Vordruck zu verwenden.

10. Zusätze für ausländische Bewerber

10.1 Die Preise sind in EURO anzubieten.

10.2 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Auftraggeberin ist in deutscher Sprache zu führen.

10.3 In einer Anlage zum Angebot ist anzugeben, bei welchem in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Versicherungsunternehmen der Bewerber haftpflichtversichert ist und wie hoch die vereinbarten Deckungssummen für Personenschäden und für sonstige Schäden sind.

10.4 Falls der Bieter seinen Sitz oder Wohnsitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat und noch nicht Mitglied einer deutschen Berufsgenossenschaft ist, hat er vor Erteilung des Auftrages nachzuweisen, dass er sein Unternehmen, soweit es auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, zur Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Für den Fall, dass der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von der Pflicht zur Mitgliedschaft bei einer deutschen Berufsgenossenschaft befreit ist, hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.

10.5 Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.

#### Anlagen

- Merkblatt Bauabzugssteuer
- Hinweisliste

Anlage

## **M e r k b l a t t**

### **Bauabzugssteuer**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund des Gesetzes zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe müssen wir bei allen Zahlungen an Erbringer von Bauleistungen einen Steuerabzug in Höhe von 15% vornehmen. Der Steuerabzug ist von uns direkt an das für den Erbringer der Bauleistung zuständige Finanzamt abzuführen.

Eine **Ausnahme** von diesem Steuerabzug ist vorgesehen, wenn die Summe aller Zahlungen an den Empfänger in einem Jahr voraussichtlich 5.000 Euro nicht übersteigen wird.

Weiterhin wird der Steuerabzug nicht vorgenommen, wenn die Erbringer von Bauleistungen eine Bescheinigung des für sie zuständigen Finanzamtes vorlegen, die sie von der Pflicht zum Steuerabzug befreit (**Freistellungsbescheinigung**).

Da wir gegenüber dem Fiskus für einen nicht oder zu niedrig abgeführten Steuerabzug haften, werden wir den vorgesehenen Steuerabzug immer dann einbehalten und abführen, wenn uns keine gültige Freistellungsbescheinigung vorliegt.

Um Verzögerungen in der Begleichung Ihrer Rechnungen und die Kürzungen der Zahlungen zu vermeiden, bitten wir Sie, eine Ihnen erteilte - **gültige** - Freistellungsbescheinigung Ihren Angebotsunterlagen beizufügen.

Weitere Informationen zu diesem Thema erhalten Sie von Ihrem Finanzamt oder auf den Internetseiten des Bundesfinanzministeriums unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).

Mit freundlichen Grüßen

## Hinweisliste

*Die nachfolgenden Hinweise sollen Ihnen bei der Erstellung eines wertbaren Angebotes hilfreich sein. Einen Anspruch auf Vollständigkeit können Sie daraus nicht ableiten. Bitte prüfen Sie die gesamten Vergabeunterlagen in jedem Einzelfall auf notwendige Eintragungen und geforderte Erklärungen.*

1. Sind dem Angebot **s ä m t l i c h e** hochgeladenen Unterlagen wieder beigelegt? Auf die Rücksendung von Unterlagen, die keinerlei Bieterbeiträge erforderlich machen, kann verzichtet werden. Zur Vermeidung von Wertungsrisiken empfehlen wir jedoch gem. Satz 1 zu verfahren.
2. Sind geforderte Eignungsnachweise gem. Vordruck „Erklärung zum Nachweis der Eignung“ dem Angebot beigelegt? Sind die Nachweise noch gültig?
3. Sind sämtliche Texte der Vergabeunterlagen unverändert geblieben und weisen nur die geforderten Eintragungen auf? Auch in einem etwaigen Anschreiben sind Hinweise, die die Vergabeunterlagen ändern (z.B. abweichende Zahlungsbedingungen und / oder Gewährleistungsregelungen) zu unterlassen.
4. Geforderte Erklärungen im Leistungsverzeichnis sind insbesondere auch dann abzugeben, wenn vom Bieter auch eine Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses vorgelegt wird! Fügen Sie die mit den geforderten Erklärungen versehene Langfassung des Leistungsverzeichnisses Ihrem Angebot in jedem Fall wieder bei. Ihre Erklärungen müssen eindeutig und zweifelsfrei sein (z. B. nur die Nennung eines Produktes oder eines Materials). Verwenden Sie keine Wiederholungszeichen oder ähnliches, sondern wiederholen Sie die Angaben stets vollständig.
5. Bietergemeinschaften haben die Erklärung gem. Ziffer 9. der Bewerbungsbedingungen abzugeben.
6. Ausländische Bewerber haben die Erklärungen gem. Ziffer 10. der Bewerbungsbedingungen abzugeben.
7. Sofern Sie Nachunternehmer und /oder Eignungsverleiher einsetzen, sind die entsprechenden Angaben in den hierfür vorgesehenen Vordrucken einzutragen. Eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers kann auf Anforderung der Vergabestelle nachgereicht werden; eine Verpflichtungserklärung eines Eignungsverleihers ist dem Angebot bereits beizufügen.
8. Ihre kalkulierten Preise sind vollständig und für jede geforderte Position einzutragen.
9. Bei einem Skontoangebot verwenden Sie die kursive Textpassage aus Ziffer 2.8 der Bewerbungsbedingungen, damit Ihre Skontoerklärung hinreichend bestimmt ist.
10. Nebenangebote sind nur zulässig, wenn diese im Anschreiben zugelassen sind.
11. Die Ziffer 5 der Bietererklärung (Nachlassfrage) ist zutreffend auszufüllen bzw. anzukreuzen.